

Gemeinde Cunewalde
- Bürgermeister –

21.7.2021 Manuskript - Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte Gemeinderätin Frau Zimmermann,
sehr geehrte Herren Gemeinderäte,**

nachdem wir jetzt die Beratungen und Beschlussfassungen zu den eingegangenen Einwendungen und zum Haushaltplan abgeschlossen haben, möchte ich doch noch einige Worte verlieren.

Ich habe nicht vor, an dieser Stelle nochmals Zahlen zu wiederholen, zu umfangreich sind das gesamte Zahlenwerk und auch der Vorbericht mit seinen 47 Seiten. Sehr intensiv, in zahlreichen Gremiensitzungen öffentlich und nichtöffentlich, haben wir über das Planwerk beraten. Logischerweise auch mit unterschiedlichen Blickwinkeln und unterschiedlichen Auffassungen – dies ist richtig und wichtig und so ist das Wesen der Demokratie.

Es ist gleichzeitig auch der erste Doppelhaushalt, den der 2019 gewählte Gemeinderat zu verantworten hat, denn in den zurückliegenden Haushalt sind Sie sprichwörtlich ja hineingewählt worden, mit allen Vor- und Nachteilen. Der Nachteil war, aber auch das liegt im Wesen von Wahlen und der Demokratie, dass die neuen Gemeinderäte auf dieses Planwerk keinen Einfluss mehr nehmen konnten. Der große Vorteil jedoch lag auch darin, dass sie auf ein solides Planwerk und insbesondere auch auf eine sehr solide und erfolgreiche Arbeit der Gemeinderäte zurückliegender Wahlperioden zurückgreifen konnten, denn sehr viele Dinge wirken über Legislaturperioden hinaus. Auch dies hat Vor- und Nachteile.

Geänderte politische Farbenlehren im Ergebnis von Wahlen bedeuten natürlich auch den Wunsch und den Druck nach Veränderungen und anderen Prioritätensetzungen – dazu gibt es ja Wahlen.

Ich kann auch nicht verhindern, dass manch Gemeinderat den Ratstisch in Cunewalde mit dem Bundestag oder dem Landtag verwechselt.

Gemeinderäte wollen und müssen gestalten, um ihre Gemeinde voranzubringen und gleichermaßen auch kontrollieren und hinterfragen. Kontrollieren und hinterfragen kann jedoch kein Mittel zum Selbstzweck sein. Und wer hinterfragt und dies mit seinem öffentlichen Amt als Gemeinderat begründet, muss auch akzeptieren, dass er sich schon wegen diesem öffentlichen Ehrenamt auch selbst hinterfragen lassen muss – Einbahnstraßen gibt es nur im Straßenverkehr.

Im Wort Gemeinde steht das Wort gemeinsam und schon in der Bibel stand vielfach zitiert „Suchet der Stadt bestes“.

Und leider habe ich, sehr geehrte Gemeinderäte der AfD-Fraktion, hier angesichts der Lektüre Ihrer Homepage „Aktuelles aus dem Gemeinderat“ manchmal meine Zweifel. Ich muss, wie ich es im Herbst angekündigt hatte, aber eigentlich vermeiden wollte, nunmehr auch mit konkreten Antworten und Name und Adresse reagieren. Dies muss ich tun, weil trotz umfangreich überreichter Unterlagen und Informationen dennoch Dinge falsch dargestellt werden.

Sehr geehrte Gemeinderäte,
für viele trifft zu, auch AfD-Gemeinderäte, dass wir uns schon seit der Jugendzeit kennen und seit Jahrzehnten unser Leben im Tal verbringen. Wir wissen um unsere Familien, um unsere Biografien und vielfach auch um unsere Stärken und Schwächen.

Eine meiner Schwächen ist, dass ich sehr gereizt reagiere, wenn mein Gegenüber nicht ehrlich ist oder gar wissentlich schwindelt, in Süddeutschland und Österreich bezeichnet man es auch als hinterfotzig. Deshalb kann ich einzelne Mitglieder der AfD-Fraktion nur ausdrücklich bitten, künftig nicht nur alles das zu hinterfragen, was die Gemeindeverwaltung und der Bürgermeister aktuell tut oder in den letzten 25 Jahren getan hat, sondern auch das zu hinterfragen, und dies muss ich sehr deutlich sagen, was einzelne Mitglieder Ihrer Fraktion tun.

Ich muss nämlich annehmen, dass sie zumindest manchmal nur das gesagt bekommen, was sie gesagt bekommen sollen und bewusst auch nicht aus anderen Mündern.

Ich möchte heute nicht viele Beispiele aufzählen – ich habe auch weder die Zeit noch die Lust, hier ständig zu recherchieren. Daher nur einige kurze Fakten, ausgehend von Ihrer aktuellen Pressemitteilung „Aktuelles aus dem Gemeinderat“ zum Haushalt 2021/2022:

- Sie waren zu einem konstruktiven Gesprächstermin im Amt. Wir konnten hier hautnah viele Dinge beantworten. Auf weitere persönliche Gesprächsangebote meinerseits, insbesondere auch die vorbereitenden Fraktionssitzungen zu besuchen, haben Sie nicht reagiert. Da der E-Mail-Verkehr im Regelfall lt. Bitte Ihrer Fraktion nur an eine zentrale AfD-Adresse zu richten ist, kann ich auch nicht immer nachvollziehen, welche der umfangreichen Unterlagen Sie bekommen und welche nicht.

Zur Erinnerung:

- Ich habe Ihnen schriftlich am 04.06.20 (einige Beispiele zum Thema Flurneuordnung)

- 12.01.21 (Thema Haushalt)

- 11.02.21 (Thema Haushalt)

meine Teilnahme an Fraktionssitzungen angeboten. Ähnliche Gesprächsangebote gab es seitens der Verwaltung.

Warum Sie mich nicht einladen, müssen Sie in Ihrer Fraktion besprechen. Stattdessen gibt es schriftliche Anfragen, deren Beantwortung einerseits viel Aufwand verursacht oder verursachen soll und gleichzeitig besteht die Kritik an zu viel Verwaltungskapazitäten.

Wir versuchen, z. B. durch umfangreiche Informationsvorlagen, vieles aus zurückliegenden Jahren nachzuholen, worüber Sie sich durch einfache Lektüre der Czorneboh-Bieleboh-Zeitung oder wenigstens Teilnahme an Gemeinderatssitzungen hätten im Rahmen ihrer Bürgerpflichten, denn auch die gibt es – schon in den Vorjahren, informieren können.

Wir sind hier zwar nicht in der Schule – aber wenn ein Schüler ein Buch vom Lehrer mit nach Hause bekommt, mit der Aufforderung, es zu lesen, kann er

4 Wochen später, wenn darüber ein Aufsatz geschrieben wird, auch nicht verlangen, dass ihm der Lehrer das Buch nochmals vorliest, keinesfalls kann er dem Lehrer dafür die Schuld zuweisen.

Sie erhalten als Gemeinderat sogar die CBZ zwangsweise und kostenlos in Form eines gebundenen Exemplares zum Jahresende.

- Sie haben die Übersichten aller Gemeinderatsbeschlüsse der zurückliegenden Legislaturperiode erhalten, auch die für die schrittweise Neuorganisation der Gemeindeverwaltung. In denen steht eindeutig eine Umstellung auf eine künftige Struktur von 2 Amtsleitern und nicht wie Sie darstellen auf 4.

- Der durch Sie zitierte Stellenplan, den Sie beispielhaft übergeben haben, ist der der Gemeinde Kubschütz. Vor der Klausurberatung habe ich Ihnen umfangreichstes Material übersandt mit Vergleichen von Aufgaben, Strukturdaten und ca. 10 Nachbarstädten- und gemeinden, auch in Kubschütz.

Wenn Sie so beispielhaft am Stellenplan von Kubschütz festhalten, und ich achte die Arbeit der Kubschützer Gemeinderäte sehr, dann können Sie gern nachschauen, ob Sie in diesem Stellenplan ein Bad oder ein Kulturhaus finden und wie hoch die Investitionsquote in Kubschütz, nicht nur in diesem Jahr, sondern über 10 Jahre im Vergleich zu Cunewalde war.

Sie werden in diesem Stellenplan auch keine Beschäftigungsverhältnisse für Fördermaßnahmen finden, denn die Stellen der sogenannten Teilhabe am Arbeitsmarkt sind Ergebnis von Entscheidungen zurückliegender Gemeinderäte, wonach wir uns aktiv mit zusätzlichem Geld bei der Förderung langzeitarbeitsloser Beschäftigter beteiligen und dies eben nicht Trägern überlassen.

Übrigens haben, weil wir hier so aktiv sind, viele dieser Beschäftigten anschließend auch eine richtige Anstellung im Erwerbsleben gefunden.

Den Stellenplan selbst haben Sie, soweit ich weiß, von einem langjährigen Kubschützer CDU-Gemeinderat erhalten, den ich gut kenne und mit dem ich viele Jahre im Kreistag saß.

- Sie stellen schon seit langer Zeit auf ein Wohngebiet an der Friedensau und dessen Kalkulation ab, die liegt Ihnen vor, Sie haben nur nicht zugestimmt.

Schon auf Seite 1 steht hier die Prüfung der Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten, um den Haushalt zu entlasten. Entscheidungen des Bürgermeisters zur Vorbereitung des Bebauungsgebietes haben Sie, Herr Schulz, mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister beim Landratsamt hinterfragt, meiner ersten nach 25 Jahren Bürgermeistertätigkeit, aber einmal ist immer das erste Mal.

Die Folge ist ein erheblich verlängerter Planungsprozess und höhere Baukosten, die wir weitestgehend vorsorglich in die Kalkulation eingebaut hatten. Behörden, die angerufen werden, können weniger Ermessen ausüben.

Wo Sie die Aussage zur fehlenden Nachfrage hernehmen, bleibt ebenso Ihr Geheimnis. Richtig ist nur, dass feststehende Bauherren vor erheblichen Zeitverzügen und somit Mehrkosten stehen und tatsächlich einige Bauherren, angesichts längerer Verfahren und höherer Kosten, nicht länger warten wollten und in Beiersdorf und Hochkirch bauen.

Wo 5 Bauplätze bereits vergeben sind, ohne dass auch nur eine Straße zu sehen ist, kann man wohl kaum von fehlender Nachfrage sprechen.

Die nächste Beschlussvorlage für eine junge Familie – Heimkehrer nach Cunewalde - gibt es im August.

Und noch ein weiteres Beispiel verschobener Wahrnehmungen möchte ich nennen:

- Im letzten Jahr zierte ein Bürgermeisterwahlplakat von Herrn Schulz u. a. die Aussage, dass es 80 Problemimmobilien in Cunewalde gäbe.

Unabhängig davon, dass es sich hier um eine falsche Darstellung handelte, denn Sie hatten eine umfangreichste Vorlage zum Städtebau- und Brachflächenmanagement Monate davor erhalten, sei dann schon die Frage erlaubt, wieso die AfD-Fraktion, wie zuletzt am Förderobjekt Schanzenweg 5, nicht einmal einer Fördervereinbarung für die beispielhafte Sanierung eines seit 20 Jahren leerstehenden Umgebendehauses zustimmt.

Hierzu habe ich noch eine sehr konkrete Bitte:

- Am Dienstag habe ich zum wiederholten Male mit dem Eigentümer des sehr ortsbildprägenden, aber immer mehr verlotternden Anwesen, Schönberg 66 am Ortseingang von Schönberg deutliche Worte gesprochen.
- Er ist, was mich sehr freut, engagierter Kommunalpolitiker, Kreisrat für die AfD in Görlitz und Stadtrat für die AfD in Herrnhut.
- Ich habe ihm angeboten, den Kontakt zu unserer AfD-Fraktion herzustellen, damit Sie ihm bei der Beseitigung des städtebaulichen Missstandes aktiv unterstützen können. Dies ist aus meiner Sicht besser, als fälschlicherweise über 80 Problemimmobilien zu sprechen.

- Durchschnittlich 15 Stunden im Monat verbringe ich mit der freiwilligen Leistung des sog. Brachflächenmanagements, die Stunden meiner Mitarbeiter noch nicht hinzugerechnet.

Auch diesen Aufwand werden Sie im Stellenplan und Haushaltplan von Kubschütz, ebenso wie Städtebauförderung, Flurneuordnung und Hochwassermaßnahmen, nicht sehen können.

Ein letztes Wort zum Thema Flurneuordnung:

- Wenn Sie schon im Juni 2021 behaupten, dass das gesamte Flurneuordnungsverfahren intransparent ist und deshalb die AfD-Fraktion einem bis 2040 tragenden Finanzierungsbeschluss, um den uns alle anderen Gemeinden beneiden, nicht zustimmt, weil ja alles im stillen Kämmerlein verlaufe, dann muss ich Ihnen hier sagen, dass ein Gemeinderat Ihrer Fraktion in eben diesem stillen Kämmerlein schon vor der

Gemeinderatssitzung im September 2020, als wir die Flurneuordnung umfassend vorstellten, alle Energie daran setzte, sein eigenes Wegerecht über die Flurneuordnung zu klären. Wenn es darauf ankommt, weiß man also, wo man sich hinwenden kann.

Und ganz zum Schluss auch noch die nochmalige Bitte an Ihre Fraktionskollegen zu einem anderen Thema, in welchem sich Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Schulz bestens auskennen dürfte:

- Hinterfragen Sie bitte einmal, ob er Erfahrungen im Umgang mit ungenehmigten Erweiterungsbauten an Ferienhäusern hat, die nicht dem dauerhaften Wohnen dienen und im Landschaftsschutzgebiet liegen und ob er sich vielleicht erinnern kann, dass ein derartiger Fall im letzten Gemeinderat dazu führte, dass wir mit einem formellen Beschluss des Gemeinderates erst einmal klarstellen mussten, dass Gebäude, die nicht für dauerhaftes Wohnen genehmigt sind, keine Hausnummern erhalten.

Sehr geehrte Gemeinderäte,

lieber Herr Pschola und lieber Herr Unger,

bitte seht mir nach, dass ich euch persönlich anspreche, denn wir kennen uns schon über viele, viele Jahre.

Kein Bürgermeister ist unumstritten, auch ich nicht sowohl menschlich als auch politisch – in meiner CDU gelte ich immer schon als kritischer Geist und habe logischerweise nicht immer Freunde.

Wenn Sie, sehr geehrte AfD-Gemeinderäte, nur als größter gemeinsamer Nenner der Hass auf die CDU vereint, dann muss ich Ihnen sagen, dass auch ich meine CDU manchmal schon gehasst habe und die CDU auch mich und trotzdem gibt es wichtigere Dinge im Leben.

Parteien leben von unterschiedlichen Meinungen ihrer Mitglieder und das ist gut so.

Bei all meinem Wirken in den Ehrenämtern stehen jedoch immer die Interessen meiner Gemeinde zuerst.

Nicht nur ich, sondern auch viele langjährige Gemeinderäte haben seit der letzten Wahl offene Hände angeboten und bieten Brücken an und ich habe angekündigt, dass, wenn dieses Brückenbauen nicht gewollt ist, ich dann leider die präsidiale Form verlassen muss, um Dinge gerade zu rücken. Darüber bin ich sehr enttäuscht und es wäre auch nicht nötig.

Es liegt an Ihnen selber, auch persönlich heute frei zu entscheiden oder sich Fraktionszwängen unterzuordnen, die natürlich nicht verboten sind. Dann müssen Sie sich aber selbst auch künftig noch mehr hinterfragen lassen. Deshalb erneuere ich an dieser Stelle nochmals mein Gesprächsangebot, denn es geht hier nicht um das eigene Ego, sondern darum, wie wir hier gemeinsam am Ratstisch unsere Gemeinde voranbringen wollen und was wir für unser Dorf erreichen sollten.